

Zu diesem Heft

Neuerdings ist von einer „Repräsentationslücke“ in der deutschen Politik die Rede. Bürgerinnen und Bürger können immer weniger mit den politischen Abläufen und ihren Ergebnissen anfangen. Das Ergebnis sind überhitzte Debatten, gegenseitige Vorwürfe eines Mangels an Verständnis dessen, was eigentlich Demokratie ausmacht, und gleichzeitig Zukunftsängste angesichts von wirtschaftlichen Problemen, wie Inflation, Abwanderung von Unternehmen und Fachkräftemangel. Die Liste des Unbehagens ließe sich fortsetzen.

Für politische Bildung ergeben sich zahlreiche Themenfelder, auf denen Kommunikation und Verständigung gefördert werden sollten. Die GWP hat immer versucht, Debatten zu ermöglichen und pro und kontra-Argumente zu liefern – ein Leitmotiv auch dieses Heftes. Ideallösungen gibt es keine, wie *van Scherpenbergs* Analyse der haushaltspolitischen Weichenstellungen zeigt. Die Haushaltspolitik tut sich traditionell schwer, Ressortwünsche mit den Grenzen der Ausgabenpolitik (Schuldenbremse, europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt) zu versöhnen. Die Ausgabenmöglichkeiten der Schuldenbremse werden inzwischen vollständig ausgereizt, und das Finanzministerium arbeitet mit Schattenhaushalten und Leerstellen im Bundeshaushalt.

Wir nehmen die Gründung des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt vor 100 Jahren und den 50. Todestag von Max Horkheimer (nach 1929 Direktor des Instituts) zum Anlass, einen Blick auf die politische Bildung aus der Perspektive der „Frankfurter Schule“ zu werfen. *Patrick Bredl* setzt sich mit der Relevanz Theodor W. Adornos für die politische Bildung auseinander. *Sibylle Reinhardt* fragt, ob die „deliberative Demokratietheorie“ von Jürgen Habermas der Fachdidaktik hilft.

Ein anderes Jubiläum ist die Aufnahme der beiden deutschen Staaten (Bundesrepublik und DDR) vor 50 Jahren in die Vereinten Nationen/United Nations (UN). Längst vergessen sind die Probleme des Umgangs mit der „Staatlichkeit“ der DDR, in der die Bundesrepublik keine Botschaft, sondern nur eine „Ständige Vertretung“ unterhalten wollte (heute heißt so ein Restaurant in Berlin – die „ständige Vertretung“ der Bonner bzw. der Touristen). *Bernad Garvis* hebt die konsequent UN-freundliche deutsche Politik hervor, erklärt aber auch die gescheiterten deutschen Ambitionen für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. An welche Grenzen die UN stößt, wenn es um ihre eigentliche Aufgabe, die Friedenssicherung, geht, zeigt in aller erschreckenden Schärfe der Krieg in der Ukraine (leider nur einer der im Augenblick weltweiten bewaffneten Konflikte).

Demokratie beginnt in der Kommune. Welche kommunalen Repräsentationsmodelle sich durchsetzen, bzw. ob diese konfliktfrei wirken können, diskutieren *Lars Holtkamp* und *Benjamin Garske*. Es ist sicher immer wieder nötig, an den Staatsaufbau zu erinnern. Es gibt eben nicht „die Politik“, sondern Entscheidungsprozesse auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Die Kompetenzverteilung ist nicht unwichtig für die politische Bildung und sollte in der politischen Auseinandersetzung beachtet werden. Bildung ist beispielsweise in erster Linie eine Länderkompetenz, auch wenn der Bund hierfür ein Ministerium unterhält und mit finanziellen Anreizen sich in diese Landeskompetenz permanent einmischt. Für Bürgerinnen und Bürger ist die „richtige“ politische Ebene alles andere als unerheblich, wie *Edmund Budrichs* Dokumentation der Kontroverse um die Verkehrspolitik in Leverkusen zeigt.

Wie immer bietet diese Ausgabe der GWP weitere interessante Themen. Aktuell ist Vieles, aber auch Grundlegendes bleibt beachtenswert. Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Die Herausgeber